



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 108. Ratssitzung vom 18. September 2024

3701. 2024/163

Jugendvorstoss, vertreten durch Joshua Van de Pol und Hendrik Gubser, vom 05.03.2024:

Günstigere ÖV-Tickets für die städtische Bevölkerung, abgestuft für das Alter bis 18 Jahre

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, den Jugendvorstoss in Form eines Postulats zur Prüfung entgegenzunehmen.

Joshua Van de Pol begründet den Jugendvorstoss (vergleiche Beschluss-Nr. 3089/2024): *Ich liebe das Gefühl, meine Umwelt aus dem Fenster eines Trams aus einer anderen Perspektive zu sehen. Ich sehe den offenen Mund eines Babys, aber höre die Schreie nicht. Ich sehe eine Gruppe FCZ-Fans vor dem Stadion Letzigrund, aber höre die Fangesänge nicht. Ich fahre schon mein ganzes Leben mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) durch Zürich und schätze sehr, dass wir ein so gutes ÖV-Netz haben. Mit dem ÖV zu fahren, hat viele Vorteile: Man spart extrem viel CO₂ und schützt so die Umwelt. Man kommt immer schnell und effizient von A nach B. Obwohl der ÖV so viele Vorteile hat, hat er für uns Jugendliche einen Nachteil: den Preis. Ich bin 14 Jahre alt und muss mit meinem Jugendlohn ÖV-Tickets kaufen. Dadurch habe ich gemerkt, dass sich viele Jugendliche ÖV-Tickets möglicherweise nicht leisten können. Für Kinder gilt ein Arbeitsverbot. Woher soll also das Geld für den ÖV kommen? Stellen Sie sich vor, die Eltern haben zu wenig Geld oder sind in einer Situation, in der es ihnen finanziell nicht so gut geht. Deshalb schlage ich vor, dass ÖV-Tickets in der Stadt Zürich für Minderjährige billiger werden. Es soll ein neuer Tarif definiert werden. Wir fänden es angemessen, den Billettpreis bis zum Alter von 18 Jahren zu halbieren – oder ganz gratis zu machen.*

Hans Dellenbach (FDP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Ich finde den ÖV auch spannend und bin überzeugt, dass die Schweiz – insbesondere die Stadt und Region Zürich – das beste ÖV-Netz der Welt hat. Das kostet aber etwas. Die Forderung nach einem verbilligten ÖV ist alt. Es gab und gibt diverse Vorstösse und eine Volksinitiative. Euer Vorstoss ist zudem unklar formuliert: Ihr fordert einen um 50 Prozent tieferen Preis, aber es ist nicht ganz klar, wovon. Jugendliche reisen heute bereits verbilligt. Ich gehe davon aus, ihr meint 50 Prozent von dem, was Jugendliche heute zahlen. Die über 18-Jährigen sollen noch einmal einen Viertel Vergünstigung erhalten. Anstatt gratis ÖV wäre das ein Viertel gratis ÖV. Es gibt mehrere Gründe, die dagegen*



sprechen: *Es ist eine Ungleichbehandlung der Bewohnenden der Stadt Zürich gegenüber den Auswärtigen, die gegen das Gesetz der Rechtsgleichheit verstösst. Es ist ungerecht, wenn ein Teil der Bevölkerung günstiger reisen kann als ein anderer Teil, der von ausserhalb in die Stadt kommt. Dazu kommt, dass der ÖV bereits stark subventioniert ist. Das gilt für die SBB, aber auch für die Verkehrsbetriebe (VBZ). Heute wird ungefähr ein Drittel der Kosten von der öffentlichen Hand übernommen. Wir alle reisen also bereits vergünstigt. In der Bundesverfassung steht, dass die Kosten des ÖV zu einem angemessenen Teil durch die Nutzerinnen und Nutzer getragen werden sollen. Wenn man argumentiert, der ÖV reduziere Stau oder den CO₂-Ausstoss, stimmt das wahrscheinlich nicht. Unter 18-Jährige fahren wenig Auto und über 18-Jährige, die in der Stadt wohnen, nutzen das Auto selten. Zudem ist der Verkehr in der Stadt überregional. Diese Leute müssten ein Billett lösen. Ihr sagt auch, der Vorstoss führe zu einer finanziellen Entlastung. Das stimmt für jene, die die Entlastung erhalten. Aber jemand muss sie bezahlen. Gratis ist nichts. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Einrichtungen und Anlagen ihren Beitrag leisten sollen. Das finden wir gerecht.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Meier (SP): *Die SP-Fraktion ist von der Idee begeistert. Wir stehen voll und ganz dahinter. Es ist eine so gute Idee, dass wir euch ein SP- bzw. JUSO-Anmeldeformular schicken müssen. Wir brauchen Nachwuchs wie euch in unserer Partei. Die SP reichte in der letzten Legislatur eine Motion ein, die ziemlich genau das forderte, was ihr in eurem Vorstoss vorbringt: eine 50-prozentige Reduktion des ÖV-Preises für Erwachsene, aber auch für Kinder und Jugendliche. Leider wurde diese Motion nicht überwiesen. Nur die SP stimmte zu. Die AL hatte sich enthalten, die Grünen stimmten immerhin teilweise zu. Die SP hat inzwischen eine Volksinitiative mit demselben Anliegen lanciert und diese mittlerweile eingereicht: Sie verlangt ein ÖV-Jahresabo für die Stadt Zürich für 365 Franken für Erwachsene. Euer Postulat rennt offene Türen ein. In der Politik ist es wichtig, immer wieder Druck zu machen und dranzubleiben. Deshalb ist euer Vorstoss hilfreich. Wir müssen weiterkämpfen, bis wir einen vergünstigten ÖV in Zürich haben.*

Carla Reinhard (GLP): *Nach diesem Werbespot muss ich leider der Spielverderber sein. Die GLP unterstützt gezielte Vergünstigungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Gegenüber einer allgemeinen Subventionierung für alle Erwachsenen sind wir generell kritisch eingestellt. Dadurch entstehen hohe Kosten, ohne dass bei allen ein Bedarf für eine Vergünstigung besteht. Insbesondere wenn wir bedenken, dass in der Stadt Zürich die Hälfte aller Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 8127 Franken pro Monat verdient. Menschen mit hohem Einkommen sind in der Regel weniger preissensibel. Die Kosten eines ÖV-Abos machen bei ihnen einen kleineren Teil der Ausgaben aus. Eine Vergünstigung von 25 Prozent, die für Erwachsene vorgeschlagen wird, würde bei einem ZVV-Jahresabo ungefähr 17 Franken pro Monat ausmachen. Deshalb wird diese Reduktion bei Gutverdienenden, die ebenfalls profitieren würden, kaum dazu*



führen, dass sie auf den ÖV umsteigen. Bei vielen Personen ist weder der Mobilitätsanreiz noch die finanzielle Notwendigkeit gegeben. Deshalb lehnen wir den Vorstoss ab.

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Das ist im Grundsatz ein sehr sinnvoller und interessanter Vorschlag. Wie wir es von den Kollegen der SP im Rahmen ihrer Werbeveranstaltung gehört haben, ist es nicht das erste Mal, dass diese Forderung eingereicht wurde. Ich kann mich grösstenteils Carla Reinhard (GLP) anschliessen, insbesondere, was das Ausgeben von Geld mit der Giesskanne betrifft. Man muss sich die Konsequenzen überlegen. Ich fahre gerne mit dem ÖV. Wenn man schaut, wie der ÖV in der Schweiz finanziert wird, machen die Einnahmen 40 bis 50 Prozent der Kosten aus. Im Kanton Zürich stehen wir mit rund zwei Dritteln etwas besser da, weil die Bevölkerungsdichte deutlich höher ist. Wie man im Sommer 2022 in Deutschland mit den 9-Euro-Tickets gesehen hat, kann ein sehr günstiges oder attraktives Angebot auch genau das Gegenteil von dem bewirken, was man beabsichtigt. In der Stadt Zürich könnte eine Vergünstigung dazu führen, dass der ÖV insbesondere zwischen 6 und 9 Uhr oder zwischen 16 und 18 Uhr komplett überfüllt ist. Es ist bereits heute sehr voll. Das wollen wir nicht. Wenn wir Kostentransparenz hätten, müssten Jugendliche monatlich 900 Franken statt der momentanen 600 Franken bezahlen. Zukünftig wären es – mit der Reduktion um 50 Prozent – ungefähr 300 Franken. Wenn man bei den Erwachsenen Kostentransparenz hätte, müsste jeder Erwachsene 1200 Franken für ein Jahresabo bezahlen. Aktuell sind es 800 Franken und mit dem Vorschlag wären es 600 Franken. Summa summarum sind die Tickets schon heute ziemlich stark vergünstigt – gerade für Jugendliche. Würde nur über die Vergünstigung für sozial benachteiligte Jugendliche gesprochen, könnte man die Forderung genauer anschauen. Aber wenn man den Modalsplit betrachtet – 40 Prozent der Reisenden in der Stadt Zürich sind mit dem ÖV unterwegs, 25 Prozent mit dem Individualverkehr, 25 Prozent zu Fuss und 8 Prozent mit dem Velo – sehe ich die Realisierung nicht wirklich. Ausserdem werden die Tarife kantonal durch den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) festgelegt. Man könnte es wohl über vergünstigte Gutscheine für bestimmte Bevölkerungsgruppen lösen – analog zu Entsorgung + Recycling (ERZ).*

Dominik Waser (Grüne): *Die Grünen sind für den ÖV und damit für eine nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrspolitik. Mehr Leute sollen den ÖV nutzen. Heute sind wir noch nicht an diesem Punkt. Ich persönlich bin der Meinung, dass man euer Anliegen unbedingt umsetzen sollte. Unsere Initiative fordert ein Abo für 365 Franken für Erwachsene und 185 Franken für Kinder. In meinen Augen sind wir noch nicht am Punkt angekommen, an dem die Anreize, auf den ÖV umzusteigen, gross genug sind. Deshalb braucht es weitere Anreize. In der Umsetzung könnte man verschiedene Wege einschlagen. Man könnte Mechanismen einbauen, damit es eine gewisse Hürde für Vergünstigungen gibt. Das würde dazu führen, dass Leute, die eine Preisreduktion nicht nötig haben, den Aufwand nicht auf sich nehmen. Bei uns in der Fraktion gibt es auch kritische Stimmen, die befürchten, dass der Verkehr wegen der Vergünstigung zunimmt.*

Michael Schmid (AL): *Eure Mobilität ist uns wichtig. Ihr sollt ökologisch und bezahlbar an die Orte gelangen, an denen euer Leben stattfindet. Es gibt eine Initiative, über die*



wir momentan in der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) diskutieren. In der Stadt Wien wurde mit dem 365-Euro-Ticket bereits etwas Ähnliches umgesetzt. Die Erfahrungen zeigen, dass es zu keinem grossen Umstieg vom Auto auf den ÖV kam. Was man aber sieht, ist die finanzielle Entlastung, die diese Unterstützung mit sich bringt. Diesen Aspekt berücksichtigen wir sehr gerne – sei es bei der Initiative oder bei einem Gegenvorschlag. Zudem möchte ich daran erinnern, dass es nebst dem ÖV noch andere ökologische Fortbewegungsmittel gibt, das Velo zum Beispiel. Auch da ist es uns ein Anliegen, bessere Wege zur Verfügung zu stellen, auf denen es angenehm und sicher ist. Velofahren macht – wenn man unterwegs nicht von einem Auto abgedrängt wird – noch mehr Spass, als im Tram zu sitzen und es macht euch noch mobiler.

Johann Widmer (SVP): Es tut mir leid, dass ich die Spassbremse sein muss. Alles gratis klingt verlockend. Bezahlen muss der Staat. Das ist eine Hauptforderung der linken Politik. Solche Entscheide führen dazu, dass irgendjemand das Gratisangebot finanzieren muss. Ich glaube nicht, dass die VBZ-Fahrer gratis arbeiten oder dass man Trams und Busse gratis bekommt. Es kostet immer. Wenn wir jetzt Schulden machen, muss das am Schluss eure Generation bezahlen. Weil aber das Konstrukt Staat keinen Vornamen hat, kann man ihn dannzumal nicht zur Verantwortung ziehen. Politiker, die im Namen des Staats heute solche Entscheide beschliessen und euren Anliegen zustimmen, kann man später auch nicht zur Verantwortung ziehen, weil sie nicht mehr im Amt sind. Bedenkt also immer: Wovon ihr heute vermeintlich profitiert, dafür werdet ihr später bezahlen. Zudem hängen politische Entscheide zusammen: Wenn man in der Stadt Zürich Tempo 30 einführt, kostet das 20 Millionen Franken mehr für den ÖV. Auch das bezahlt ihr mit euren Tickets. Ausserdem fallen nicht nur die Kosten der Abos an, sondern auch jene für die Umrüstung der Automaten und viele andere organisatorische Kosten.

Samuel Balsiger (SVP): Liebe Jugendliche, seid vorsichtig, wenn euch Politiker etwas schenken wollen. Die SP macht Werbung für ihre Mitgliederversammlung und lädt euch ein, weil ihr dieselbe Forderung stellt. So funktioniert es. Vor den Wahlen versprechen euch Politiker das Blaue vom Himmel: gratis Studienplätze, gratis ÖV, günstige Wohnungen. Meistens will man euch damit täuschen. Das Resultat der linken sozialistischen Politik ist nämlich Chaos. Vergleicht die Schweiz mit anderen Ländern: Geht es der Schweiz besser oder schlechter? Haben andere Länder einen starken Staat oder steht dort das Individuum und die Familie im Mittelpunkt? In der Schweiz sind wir stolz darauf, dass wir Familien einen hohen Stellenwert geben. Ihr seid doch auch zu Hause am Familientisch, sprecht miteinander, fasst gemeinsam Beschlüsse und organisiert euer Leben. Das ist das Erfolgsrezept eines Landes, das in Wohlstand lebt. Man muss sich auf die Familie konzentrieren, den Staat klein halten und den giftigen Versprechen, die Politiker machen, widerstehen können. Gratis gibt es nichts. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir haben in diesem Land die Kontrolle über die Staatsausgaben verloren. Die Staatsquote steigt und schnürt dem Mittelstand finanziell die Luft ab.

Michael Schmid (AL): Ich möchte einen Faktencheck machen. Erstens: Wenn man die Staatsausgaben erhöht, heisst das nicht, dass man Schulden machen muss. Man kann



auch auf der Einnahmeseite Anpassungen machen. In der Schweiz steigen die Vermögen der reichsten Personen immer noch rasant an. Mit progressiv ausgestalteten Steuern oder einer Senkung der Steuerprivilegien für Superreiche kann man problemlos sehr viele Dinge finanzieren. Zweitens: Tempo 30 einzuführen, kostet nicht 20 Millionen Franken in der Stadt Zürich. 20 Millionen Franken sind der Rahmen. Im Extrembeispiel – wenn das schlimmste Szenario eintreten würde – sprechen wir von 15 Millionen Franken. Drittens: Die Autofahrer bezahlen nicht für die Kosten, die sie verursachen. Selbst das Bundesamt für Verkehr unter dem SVP-Minister sagt, dass jährlich 14 Milliarden Franken an externen Kosten durch den Autoverkehr anfallen, die nicht von den Autofahrenden bezahlt werden. Im Kanton Zürich sind es jedes Jahr 1,4 Milliarden Franken.

Samuel Balsiger (SVP): *Die linken Parteien hacken immer auf den angeblichen Reichen herum. Das Steuersubstrat wird zum grössten Teil von jenen bezahlt, die viel verdienen. Wir können froh sein, dass wir in diesem Land viele Leute haben, die viel verdienen und alles, was wir beschliessen, bezahlen. Die oberen 5 Prozent bezahlen 50 bis 60 Prozent des Steuersubstrats, das im Kanton Zürich erwirtschaftet wird. Wir dürfen uns nicht vom Gift des Sozialismus verleiten lassen, das uns verspricht, dass alles gratis sei. Der Staat muss günstig sein und wenig kosten, damit der Bürger mehr im Portemonnaie hat. Der Staat soll seine Finger aus dem Leben der Bürger raushalten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Ich bedanke mich für die engagierten Voten für den ÖV. Es freut mich, wenn sich Jugendliche für den Öffentlichen Verkehr einsetzen. Es erinnerte mich an den 16-jährigen Schüler Luca, der in 24 Stunden alle VBZ-Haltestellen abgefahren hatte. Viele Schülerinnen und Schüler und Jugendliche sind wichtige Kundinnen und Kunden des ÖV, weil sie ihn häufig für den Transport in die Schule, ins Gymnasium oder an den Lehrort nutzen. Was ich sehr gut nachvollziehen kann, ist die Abstufung des Preises nach Alter, weil Jugendliche weniger Geld zur Verfügung haben. Es wurde gesagt, dass bereits heute bis zum Alter von 16 Jahren der halbe Tarif gilt. Im ZVV gibt es bis zum Alter von 25 Jahren zudem den sogenannten Netzpass, ein vergünstigtes Monatsabo. Es ist mir selbstverständlich bewusst, dass es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Diese prüfen wir gerne – allerdings immer in Absprache mit dem ZVV, der für die Billettpreise zuständig ist. Wir können auf Stadtebene keine eigenen Preise beschliessen. Der vorgeschlagene Weg ist für uns in dieser Absolutheit auch nicht ganz zielführend. Eine pauschale Vergünstigung für alle, auch für jene, die es gar nicht brauchen, ist ohne Bedarfsprüfung nicht verhältnismässig. Diese Gelder können sinnvoller eingesetzt werden. Es wurde in der Debatte darüber diskutiert, ob wir genug tun, damit die Leute den ÖV nutzen oder auf den ÖV umsteigen. Da ist nicht das Monetäre wichtig, sondern Dinge wie Pünktlichkeit, Geschwindigkeit oder Direktverbindungen. Damit das funktioniert, müssen wir in die Infrastruktur investieren, sie ausbauen und auch den Unterhalt nicht vergessen. Wenn wir in unser nördliches Nachbarland schauen, sehen wir, was passiert, wenn man zu wenig Geld für die Infrastruktur zur Verfügung stellt. Der Stadtrat*



6 / 6

hat deshalb die Initiative für ein ÖV-Abo für 365 Franken abgelehnt und dem Gemeinderat einen Gegenvorschlag vorgelegt, der in Diskussion ist. In der Begründung des Vorstosses steht, dass Familien oder einkommensschwache Personen Mühe hätten, die Preise zu bezahlen. Das sieht der Stadtrat gleich. Deshalb hat er dem Parlament einen Gegenvorschlag unterbreitet, der jenen, die tatsächlich einkommensschwach sind, unter die Arme greifen will. Das Leistungsentgelt – also das, was der Kanton den VBZ jedes Jahr bezahlt, damit sie ihren Betrieb durchführen können – belief sich letztes Jahr auf 565 Millionen Franken. Diese Kosten werden zu 80 Prozent von den Nutzerinnen und Nutzern getragen. Jetzt könnt ihr selber ausrechnen, wie viel Geld wir durch Tickets einnehmen und wie viel da fehlen würde, wenn wir die Preise generell reduzieren würden. Zwei Aspekte des Postulats finden wir prüfenswert oder haben sie mit dem Gegenvorschlag zur Initiative schon umgesetzt. Daher nimmt der Stadtrat den Vorstoss entgegen.

Der Jugendvorstoss wird gemäss Art. 159 Abs. 1 GeschO GR als Postulat GR Nr. 2024/442 (Umwandlung) mit 58 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat